

Ressort: Vermischtes

Streit um Tierhaltung: Umweltbundesamt weist Bauern-Proteste zurück

Dessau-Roßlau, 11.01.2017, 08:46 Uhr

GDN - Das Umweltbundesamt (UBA) hat Proteste des Bauernverbands gegen die Drosselung der Tierhaltung in Deutschland und dessen Warnung vor Betriebsverlagerungen in andere Länder als "Totschlagargument" zurückgewiesen. "Dass die Produktion sich ins Ausland verlagern könnte, ist nicht unser Ansatz. Es geht ja eben nicht darum, immer mehr Fleisch zu produzieren", sagte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Mittwoch).

Es gehe darum, die Klimaschutzziele zu erreichen, "auch indem wir insgesamt weniger Fleisch konsumieren". Weniger Tierhaltung bedeute weniger Treibhausgase. "Dies auszusprechen, ist unser Job", betonte Krautzberger. Tatsache sei, dass sieben Prozent der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft kämen und den größten Anteil daran die Tierhaltung habe. Das seien "relevante Zahlen, vor denen man nicht die Augen verschließen kann". Die Klimagase aus der Landwirtschaft hätten den Industriesektor überholt, die Landwirtschaft liege damit nach dem Energiesektor auf Platz 2. Eine "Ernährungswende" sei daher mittelfristig unverzichtbar. Die intensive Tierhaltung belaste die Umwelt zudem auch an vielen anderen Stellen: zum Beispiel mit Nitrat, das ins Grundwasser gelangt, mit hohen Ammoniak- und Stickoxidemissionen, mit Antibiotika oder anderen Tierarzneimitteln. Krautzberger bekräftigte daher auch den Vorschlag, die Mehrwertsteuer bei Fleisch von sieben auf 19 Prozent zu erhöhen. Nötig sei das Steuerungsinstrument, um das Konsumverhalten der Verbraucher zu ändern. Die Mehrwertsteuererhöhung sei da nur ein kleiner Mosaikstein, betonte Krautzberger. Verbraucher zahlten schon heute mehrfach für Fleisch: An der Supermarktkasse, mit ihren Steuern für die Subventionen, und ein drittes Mal, wenn etwa Wasserwerke Geld in die Hand nehmen müssten, um Nitrat aus dem Trinkwasser zu entfernen. "Hier wollen wir mehr Kostentransparenz", sagte Krautzberger: "Wer Fleisch essen möchte, soll das gerne weiter tun. Er oder sie sollte aber auch die wahren Kosten und Umweltauswirkungen kennen - und dann entscheiden, ob er die mit dem Fleischpreis bezahlen möchte."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-83655/streit-um-tierhaltung-umweltbundesamt-weist-bauern-proteste-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com